



schreiben. Er will jedem antworten, aber langsam hat er Angst, dass vor lauter Dankesnoten die Zeit für die eigentliche Arbeit ausgeht.

Vor gut einem Jahr haben sie das Willkommensbündnis für Flüchtlinge im gutbürgerlichen Westberliner Bezirk Steglitz-Zehlendorf gegründet. 300.000 Menschen leben hier und seit einiger Zeit auch Hunderte Flüchtlinge in fünf Unterkünften. Mehr als 1000 Menschen unterstützen die Initiative, 300 engagieren sich ehrenamtlich, sie begleiten die Neuankömmlinge zu Behörden, besorgen Kleider.

In Deutschland wächst eine Bürgerbewegung heran, wie es sie noch nie gegeben hat. „Anfang der Neunzigerjahre gab es eine Welle der Hilfsbereitschaft für die Flüchtlinge des Jugoslawienkrieges“, sagt Olaf Kleist, Politikwissenschaftler am Refugee Studies Center der Oxford University. „Doch längst nicht in diesem Ausmaß, längst nicht in dieser Breite.“

Es ist eine Bewegung aus der Mitte der Gesellschaft. Nur dass sich das zivilgesellschaftliche Engagement nicht nach innen richtet, sondern nach außen, an die, die neu nach Deutschland kommen. „Das ist ein klares Zeichen dafür, dass die deutsche Gesellschaft bereit ist, sich zu wandeln. Sie wird neugierig und offen für Neues“, sagt Kleist.

Gaby Engelmann etwa engagierte sich, weil sie die Proteste gegen ein Flüchtlingslager in Berlin-Hellersdorf unerträglich fand. Sie meldete sich beim Willkommensbündnis, arbeitete zunächst in der Kleiderausgabe, bis eine Helferin sie bat, einen Flüchtling auf die Behörde zu begleiten. „10 Uhr, Syrer“, notierte sie in ihrem Kalender, es war im Februar dieses Jahres. Heute sehen sie sich fast jeden Tag. „Mein Sohn nennt ihn schon Halbbruder“, sagt die 69-Jährige. Sie ging mit ihm auf Ämter und zur Krankenkasse, sie forderte seine Schufa-Auskunft an und rief bei der deutschen Botschaft in Beirut an, damit die Familie schnell nachkommen konnte.

Engelmann weiß, wie viel ihr Einsatz auch für sie selbst bedeutet: „Ich fühle plötzlich Glück, ich lerne andere Kulturen kennen, ich habe mein Englisch aufgefrischt, ich habe viele neue Freunde.“

Gerade in der älteren Generation, unter Rentnern wie Schulze und Engelmann, ist die Bereitschaft zu helfen groß. Sie haben Zeit, und viele suchen nach etwas, das den Jahren nach dem Arbeitsleben Sinn gibt. Sie nehmen Deutschland heute als Wohlfühlinsel wahr und fühlen eine moralische Verpflichtung zu helfen.

Der gute Wille wird Deutschland dauerhaft verändern. Der Umgang mit den Flüchtlingen prägt die Helfer und damit

auch die Gesellschaft. Der Kontakt mit Menschen aus anderen Kulturen wird selbstverständlicher. Toleranz wächst. Es entsteht ein neuer Blick auf die Fremden, die zu uns kommen, ein Blick ohne Vorurteile, aber auch ohne Illusionen.

Freiwilliges Engagement kann allerdings den Staat nicht ersetzen. Günther Schulze, der Gründer des Willkommensbündnisses, fühlt sich da manchmal allein gelassen. Solange bürgerliche Initiativen Aufgaben des Staates übernehmen, müsse der ihnen wenigstens finanziell und personell unter die Arme greifen, fordert er. Manchmal würde es auch helfen, wenn die Bürokratie etwas weniger eifrig wäre. Auf eines können sich die Flüchtlinge verlassen, sobald sie in Deutschland die erste Bleibe gefunden haben: Der Brief über den Rundfunkbeitrag kommt sofort.

Verführung

Es ändert sich etwas, Alexander Gauland kann das spüren, wenn er in sein Stammlokal in Potsdam geht. Die Leute sprechen ihn dann an seinem Tisch an, manche wollen sich sogar zu ihm setzen. Sie sagen: „Gut, dass Sie das Thema Asylanten angehen.“ Es kommt sogar vor, dass ihm fremde Menschen auf seiner abendlichen Schwimmtour durch den Heiligen See zurufen: „Machen Sie weiter so!“

FOTO: ROBERT MICHAEL / IMAGO

Härte und Humanität

Koalition Wie SPD-Chef Gabriel mit einem Maßnahmenkatalog die Union ausstechen will

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel war auf Sommerreise, und so trieb er seine sozialdemokratischen Kollegen in dieser Woche mit dem Handy an. Die Genossinnen und Genossen Minister sollten letzten Schliff an eine Ideenliste anlegen, mit der man das Flüchtlingsproblem in den Griff bekommt.

Der SPD-Chef will mit dem 14-seitigen Papier klarmachen, dass die SPD schon seit Monaten das Thema beackert – länger als die CDU. Am 6. September treffen sich die drei Koalitionäre zum Gipfel, dann will er die Liste vorlegen.

Der Ton wird schon im Vorwort gesetzt. Die Vorschläge von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) seien „keine ausreichende Antwort“ auf die Flüchtlingszahlen. Die Sozialdemokraten listen weitere Vorschläge auf, um Asylverfahren und Abschiebungen zu beschleunigen. Geht es nach der SPD, sollen Asylanträge in Zukunft vorge-



Vizekanzler Gabriel im Flüchtlingsquartier in Heidenau: Der Bund soll aktiver werden

Steht der AfD eine goldene Zukunft bevor, Herr Gauland?

„Wir werden auf jeden Fall weiter gebraucht. Die Deutschen werden 1,5 Millionen Flüchtlinge nicht akzeptieren, die Stimmung wird kippen. Dann kann man nur hoffen, dass die Leute uns wählen und nicht die NPD.“ Gauland verkauft sich als Retter der politischen Ehrlichkeit. Die AfD spreche unbequeme Wahrheiten aus, dafür lasse er sich gern als Populist schelten.

In den nächsten Wochen will Gauland fordern, man sollte lieber deutsche Schüler zu Fachkräften ausbilden, ehe man „fremde bildungsferne Leute“ aufnimmt. Er will darauf pochen, dass Wachleute und Polizisten besser vor gewaltsamen Konflikten unter Asylbewerbern geschützt werden. Und Gauland würde „das Grundrecht auf Asyl aussetzen, wenn sich das Flüchtlingsproblem nicht anders eindämmen lässt“.

Gauland, 74, ist Bundesvize der AfD. Die begann als Anti-Euro-Partei, aber Gauland war einer der Ersten, der sie zur Anti-Ausländer-Partei formte. Natürlich würde er das nie so sagen. Gauland tritt stets als preußischer Gentleman auf, als gebildeter Herr in Tweed, der Fontane zitiert und Damen gern mit Handkuss begrüßt. Und doch holte Gauland mit einer Kampagne gegen ein Flüchtlingsheim bei der Landtagswahl in Brandenburg mehr



Flüchtlingshelfer Engelmann, Schulze: „Ich fühle plötzlich Glück“

als zwölf Prozent. Er besuchte islamfeindliche Pegida-Demonstrationen, sah dort nur „ganz normale Bürger“. Und als in Nauen jüngst ein geplantes Flüchtlingsheim in Flammen aufging, fand Gauland, daran seien die Politiker schuld, die die Sorgen der Bürger nicht ernst nähmen.

Wiederholt sich Geschichte? In den Neunzigerjahren konnten rechtsextreme Parteien aus der Angst vor der „Asylschwemme“ Profit schlagen. 1992 gelang

erst der rechtsnationalen DVU mit 6,3 Prozent der Einzug in den Landtag von Schleswig-Holstein. Im selben Jahr schafften die Republikaner in Baden-Württemberg 10,9 Prozent. Damals kamen rund 438 000 Asylbewerber ins Land, dieses Jahr werden fast doppelt so viele Menschen erwartet.

Doch die Zeiten haben sich geändert. Die Deutschen sind weltoffener geworden, damit ist auch ihr Verständnis für das Elend in der Welt und die Motive der

prüft werden, um aussichtslose Bewerber „frühestmöglich“ vom Antrag abzuhalten.

Gabriel hat sich für eine Mischung aus Härte und Humanität entschieden. Das soll zum einen die Christdemokraten unter Druck setzen, gleichzeitig aber auch die soziale Seele der Genossen streicheln. Unter die Rubrik „Härte“ fällt die Idee, die Bundespolizei stärker einzusetzen, um Asylbewerber zu registrieren und abgelehnte Flüchtlinge schneller abzuschleppen. Es solle ein „Rückführungsmonitoring“ stattfinden, heißt es in der kühlen Bürokratensprache des Ministerpapiers.

Die Asylverfahren sollen deutlich beschleunigt werden, von derzeit durchschnittlich fast einem halben Jahr auf drei Monate. Dafür soll unter anderem eine Arbeitsgruppe gebildet werden. Sie identifiziert bestimmte Flüchtlingsgruppen, die auf jeden Fall nicht abgeschoben werden, etwa alleinstehende Mütter mit Kindern aus Somalia oder Afghanistan.

Bei der Versorgung der Flüchtlinge nehmen die SPD-Minister eine andere Position ein als der CDU-Innenminister, der deutlich mehr Sach- statt Geldleistungen ausgeben lassen will. Dies

habe laut SPD mehr Verwaltungsaufwand zur Folge und sei höchstens in Erstaufnahmestellen sinnvoll.

Die sozialdemokratischen Minister fordern, dass der Bund in der Flüchtlingsfrage eine aktivere Rolle spielt. So soll er nicht nur Geld an die Länder überweisen. 50 000 Plätze für die Erstaufnahme von Flüchtlingen müsse der Bund selbst schaffen. Dessen Liegenschaften sollen auf Bundeskosten für die Unterbringung „ertüchtigt“ werden.

Das Papier beschäftigt sich auch mit dem Thema Integration. Die Mittel des Innenministeriums für Deutschkurse seien zu gering, sie müssten „aufgestockt“ werden, heißt es da. Spezielle Sprachschulkurse sollen auch für Flüchtlinge, die studieren wollen, geöffnet werden, 10 000 Plätze mehr seien nötig. Außerdem müssten zusätzliche 4000 Kitas personell so aufgerüstet werden, dass Flüchtlingskinder dort schnell Deutsch lernen könnten.

In der Eingabe von Arbeitsministerin Andrea Nahles findet sich die Forderung, dass Flüchtlinge mit Schutzstatus „möglichst schnell Arbeit finden und sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können“. Für die Integration

der Ausländer in den Arbeitsmarkt gebe es für den Bund „einen Mehrbedarf in Milliardenhöhe“. Wie hoch genau, werde „momentan berechnet“.

Nahles lässt prüfen, ob man das Leiharbeitsverbot für Asylbewerber und Geduldete schon nach 15 Monaten auflockern kann. Flüchtlinge in der Berufsausbildung könnten statt für ein gleich für drei Jahre geduldet werden.

Bauministerin Barbara Hendricks rechnet damit, dass man 40 000 zusätzliche Wohnungen benötigt. Sie schlägt deshalb vor, den Bundeszuschuss für den sozialen Wohnungsbau auf eine Milliarde Euro zu verdoppeln. Private Investoren sollen mit attraktiven Abschreibungsmöglichkeiten geködert werden, Sozialwohnungen zu bauen.

Die SPD-Minister drängen zudem darauf, ein Einwanderungsgesetz zu erlassen, mit dem sich die Union nach wie vor schwertut. Deutschland müsse „die Arbeitsmigration zielgerichtet steuern“, unter anderem über Kontingente für Zuwanderer vom Westbalkan. Um die Menschen von der Flucht abzuhalten, wolle man mehr Geld für Hilfsorganisationen wie den UNHCR bereitstellen.

Gerald Traufetter